

**DÜSSELDORFER FORUM  
POLITISCHE KOMMUNIKATION**



**Medien müssen draußen bleiben!  
Wo liegen die Grenzen  
politischer Transparenz?**

Beiträge zur 8. Fachtagung des DFPK

Franziska Bravo Roger/Philipp Henn/  
Diana Tuppack (Hg.)

**T** Frank & Timme

Franziska Bravo Roger/Philipp Henn/Diana Tuppäck (Hg.)

Medien müssen draußen bleiben!

Wo liegen die Grenzen politischer Transparenz?

Düsseldorfer Forum Politische Kommunikation  
Band 3

Franziska Bravo Roger/Philipp Henn/Diana Tuppack (Hg.)

Medien müssen draußen bleiben!  
Wo liegen die Grenzen  
politischer Transparenz?

Beiträge zur 8. Fachtagung des DFPK

ISBN 978-3-86596-458-8  
ISSN 2191-8791

© Frank & Timme GmbH Verlag für wissenschaftliche Literatur  
Berlin 2013. Alle Rechte vorbehalten.

Das Werk einschließlich aller Teile ist urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts-  
gesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar.  
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,  
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in  
elektronischen Systemen.

Herstellung durch das atelier eilenberger, Taucha bei Leipzig.  
Printed in Germany.  
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.

[www.frank-timme.de](http://www.frank-timme.de)

## Inhaltsverzeichnis

FRANZISKA BRAVO ROGER, PHILIPP HENN, DIANA TUPPACK Vorwort der Herausgeber .....	7
ROLAND SCHLAPKA Grußwort des Schirmherren.....	9
»Medien müssen draußen bleiben! Wo liegen die Grenzen politischer Transparenz?« Kurzbeiträge der Podiumsgäste .....	11
WOLFGANG DONSBACH Politische Kommunikation und Internet – ein erster Kassensturz .....	13
CHRISTOPHER LAUER #dfpk2012 .....	17
HANS-MARTIN TILLACK Transparenz in Politik und Medien.....	19
<b>Beiträge der Fachtagung.....</b>	<b>21</b>
MARTIN BEISCHL Europa kommunizieren in Zeiten der Krise.....	23
NICOLE GOTTSCHALCK Die Eurokrise – eine europäische Krise?.....	47
ANN-CHRISTIN WEHMEYER 20 Jahre Angela Merkel – Vom Mauerblümchen zur mächtigsten Frau der Welt .....	67
EVA HUBER WikiLeaks und der Geheimnisverrat .....	91

CHRISTINE WOHLGEMUTH, CHRISTOPH REIMANN, EVA CHARLOTTE BOLDER, ELENA GEBEL, CHRISTIANE GRILL, JULIA WÖLFER NGO-Trust Index .....	117
MARTIN HÖFELMANN Digital Public Affairs: Strategische Kommunikation oder politikferne Selbstvermarktung? .....	139
KAY HINZ Welche Faktoren beeinflussen die Popularität von Politikern im Internet? .....	169
CHRISTIAN SCHÄFER »Raumschiff Berlin« – stimmt die Metapher? .....	197
PATRICK SUMPF Mechanismen der Vertrauens(de)konstitution in öffentlichen Krisen – Das Beispiel EHEC O104:H4 .....	217
ALEXANDER HORN, NINA WICKE Hinter- vs. Vorderbühne. Die politischen Kommunikationsformen im gesundheitspolitischen Netzwerk .....	237
FELIX KREBBER Authentizität und Inszenierung in der Wahlkampfkommunikation .....	261
Autorinnen und Autoren .....	285
Herausgeber .....	289

## Vorwort der Herausgeber

Wo liegen die Grenzen politischer Transparenz? Darüber diskutierten Experten aus Politik, Wissenschaft und Medien bei der Podiumsdiskussion zum Auftakt des 8. Düsseldorfer Forum Politische Kommunikation (DFPK). Das DFPK ist eine wissenschaftliche Nachwuchstagung, die jährlich von Studierenden des Masterstudiengangs Politische Kommunikation an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf organisiert wird.

Transparenz – das ist auch uns ein Anliegen. Darum legen wir hier die wichtigsten Zahlen und Fakten aus drei Tagen DFPK 2012 offen:

- 25 eingereichte Abstracts unter Beteiligung von 38 Autoren
- 150 Besucher bei der Podiumsdiskussion
- 600 Fingerfood-Snacks beim Get-together
- 60 Anmeldungen zur Tagung
- 15 Vorträge und 2 Poster während der Tagung

Die Zahlen und die Beiträge in diesem Band sind das Ergebnis aus sechs Monaten Vorbereitungszeit. Von Oktober 2011 bis zur Tagung im April 2012 wurden Veranstaltungsorte ausgewählt, Sponsoren aquiriert, Gäste eingeladen, ein wissenschaftliches Auswahlverfahren durchgeführt und aktuelle Informationen nach außen kommuniziert. Diese und noch viel mehr Aufgaben erledigte das 22-köpfige Organisationsteam. Ein herzliches Dankeschön an:

Lena Bayer-Eynck, Thomas Bienen, Lisa Ennenbach, Julian Ermert, Katharina Esau, Jannis Feller, Dennis Frieß, Jan Fulle, Stéphanie Giannelli, Peter Gladitz, Julia Jax, Felix Klatt, Raphael Kösters, Josua Littig, Anna Michalski, Sebastian Riege, Johanna Schade, Shoshana Schnippenkoetter, Raika Sobiech, Caroline Strobel, Moritz Taske und Friederike von Vincke.

Die Organisation der Tagung wäre ohne die Sponsoren und Partner nicht möglich gewesen. Wir bedanken uns bei:



Research In Motion, Stadtparkasse Düsseldorf, Bezirksregierung Düsseldorf, Johanssen+Kretschmer, crossrelations, Unternehmenschaft Düsseldorf und Umgebung e.V., AStA der Universität Düsseldorf, LIT Verlag, CVJM, sowie Emscher Genossenschaft Lippe Verband.

Ein besonderer Dank gilt außerdem den Respondents der Fachtagung, den Mitarbeitern des Instituts für Sozialwissenschaften an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und dem Förderverein verso e.V. Ihr Sachverstand und Engagement haben die Veranstaltung bereichert.

Das Düsseldorfer Forum Politische Kommunikation versteht sich nicht nur als Plattform für den wissenschaftlichen Nachwuchs, sondern auch als Beitrag zur Diskussion im Fach. Dieses Buch dokumentiert den Ertrag des DFPK 2012 und fasst die Forschungsergebnisse der Referenten zusammen.

Es hat uns gefreut, die Tradition des Düsseldorfer Forum Politische Kommunikation fortzuführen. Auch für die Zukunft wünschen wir dem studentischen Projekt noch viele gelungene Veranstaltungen!

Franziska Bravo Roger, Philipp Henn und Diana Tuppack

Düsseldorf im Dezember 2012

## Grußwort des Schirmherren

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne habe ich die Schirmherrschaft für das 8. Düsseldorfer Forum für Politische Kommunikation (DFPK) übernommen. Die Idee, Studieninhalte frühzeitig an der »Praxisrelevanz« zu messen, hat mich spontan begeistert. Dass die Organisation von den Studierenden selbst übernommen wird, überzeugt ebenso, wie die bislang gewählten Themen.

Auch im Jahr 2012 gab es wunderbare – gute wie schlechte – Beispiele politischer Kommunikation in Deutschland. Weniger die Diskussion um die Person des zurückgetretenen Bundespräsidenten als die um »den Anspruch an das Amt« war ein kleines Lehrstück für die Demokratie. Aber auch bei uns in Nordrhein-Westfalen gibt es genügend Beispiele, die von eher guter oder eher schlechter politischer Kommunikation zeugen.

Besonders hat es mich gefreut, dass der Auftakt mit der Podiumsdiskussion in unserem schönen Schlösschen der Bezirksregierung Düsseldorf stattgefunden hat. Dort wird häufig politisch kommuniziert, zum Beispiel wenn der Regionalrat tagt und sich mit Zukunftsfragen unserer Region befasst.

Aber auch andere politische Gremien oder die Landesregierung kommunizieren hier zu aktuellen Themen. Das Düsseldorfer Forum Politische Kommunikation – als Bindeglied zwischen Wissenschaft und Praxis – hat diesen Dialog bereichert.

Roland Schlapka

Regierungsvizepräsident der Bezirksregierung Düsseldorf



## »Medien müssen draußen bleiben! Wo liegen die Grenzen politischer Transparenz?«

Kurzbeiträge der Podiumsgäste

Zum Auftakt des 8. Düsseldorfer Forum Politische Kommunikation diskutierten am 12. April 2012:

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach** – Kommunikationswissenschaftler an der Technischen Universität Dresden

**Christopher Lauer** – Mitglied der Piratenpartei im Abgeordnetenhaus Berlin

**Hans-Martin Tillack** – Redakteur beim Magazin Stern in Hamburg

**Christian H. Schuster** – Kommunikationsberater und Inhaber des Instituts für Kommunikation in Berlin

**Jürgen Zurheide**, Redakteur beim Tagesspiegel in Berlin, moderierte die Podiumsdiskussion.



## Politische Kommunikation und Internet – ein erster Kassensturz

Wenn ein Laden viel gekauft und verkauft hatte und der Kaufmann etwas den Überblick über seine Operationen zu verlieren drohte, dann machte er einen Kassensturz. Er kippte die Kasse auf einen großen Tisch und zählte, was unter dem Strich, der bottom-line, übrig blieb. Nun sind wir beim Internet, wie auch bei allen anderen Medien (siehe Rieplsches Gesetz) noch lange nicht am Ende der Fahnenstange angelangt. Aber es ist doch auffällig, wie viele wissenschaftliche und journalistischen Beiträge in der letzten Zeit sich empirisch und theoretisch mit der Frage beschäftigen: Was hat uns das Internet nun eigentlich gebracht?

Geht man in die neunziger und frühen zweitausender Jahre zurück, dann lassen sich hinsichtlich der politischen Kommunikation die hoffnungsvollen Erwartungen auf drei Konzepte reduzieren: Partizipation, Vielfalt und Demokratisierung der Nachrichten. Das Internet würde den Bürgern viel mehr Möglichkeiten geben, sich direkt und ohne großen Aufwand in den politischen Diskurs und politische Handlungen einzubringen. »The web politically empowers individuals» schrieben Johnson und Kaye. Es würde uns weiterhin mit vielen verschiedenen Quellen und Stimmen in Kontakt bringen und somit den sozialen Zusammenhalt fördern. Und es würde nicht nur mehr, sondern auch mehr verschiedenen Quellen und Stimmen bringen, sodass wir nicht mehr auf die Nachrichten angewiesen sind, die wenige professionalisierte Medien produzieren. Das waren im Wesentlichen die Heilserwartungen, die zumindest die Optimisten unter den Experten der politischen Kommunikation mit dem Internet verbanden.

Aber es gab auch schon früh die ersten Skeptiker. Der wachsenden Partizipation stellten sie den Partizipations-Gap gegenüber, der dadurch zustande kommt, dass die einen die politischen und die anderen die unendlichen Unterhaltungs- und Konsum-Angebote des Internets nutzen, sodass unter dem Strich die mit der Partizipationsbereitschaft eng verbundene Duty-to-keep-informed zurückgehe und die ‚Demokratie weiter privatisiert‘ werde (Volk-

mann). Der quantitativen und inhaltlichen Vielfalt stellen die Kritiker Selektivität und Fragmentierung als Warnschild gegenüber. Die vielen und oftmals parteiischen Quellen würden dazu verleiten, nur noch die Quellen des eigenen Lagers zu nutzen. Es entstünden »echo chambers« (Iyengar und Hahn) und »communication ghettos« (Graber). Schließlich sei der Preis für die vielen neuen Quellen für Informationen und Nachrichten eine weitgehende De-Professionalisierung der politischen Kommunikation. Menschen, die weder die persönlichen und institutionellen Ressourcen noch die Absicht hätten, umfassend, substanziell und neutral zu informieren, träten nun in einen Wettbewerb mit professionellen Medien, deren besonderen Dienstleistungen im Internet-Zeitalter schon aus optischen Gründen von der Bevölkerung kaum noch als etwas Besonderes erkannt würden.

So viel zur Dialektik der Prognosen über Internet und politische Kommunikation. Wie sieht der Kassensturz nun wirklich aus? Wie erwähnt, es ist noch viel zu früh dafür und Abschließendes wird man nie behaupten können. Aber ein paar Konturen zeichnen sich ab. Erstens, die vielen Partizipationsmöglichkeiten haben nicht dazu geführt, dass sich mehr Menschen für Politik interessieren als zuvor. Die Internet-Angebote von Parteien und Politikern haben oft nur Alibifunktion und werden meistens nur von den gleichen Zielgruppen genutzt, die früher die Parteizeitung lasen. Der Anteil der Politik-Laien, die sich mit eigenen verbalen oder optischen Beiträgen in den öffentlichen Diskurs einbringen, ist gering und in den letzten beiden Jahren nicht weiter gestiegen. Facebook und Twitter, wenn sie politisch werden, sind effektive zusätzliche Kanäle für die politisch Interessierten und können in Nicht-Demokratien Institutionen des Widerstands sein. Alleine Letzteres ist ja schon genug Legitimation!

Bei der Frage Vielfalt versus Fragmentierung sind die empirischen Ergebnisse widersprüchlich, aber die Waage scheint sich leicht in Richtung Selektivität zu neigen. Ich habe dafür einmal den Begriff »Weimar 2.0« verwendet, um auf die Gefahren einer sich in Echo-Kammern (siehe oben) auflösenden Gesellschaft hinzuweisen, die nicht mehr miteinander kommunizieren kann, weil ihre einzelnen Gruppen allzu verschiedenen Wirklichkeitsdarstellungen ausgesetzt sind. Der Begriff ist natürlich instrumentell-demagogisch (um Aufmerksamkeit für das Thema zu generieren...), aber so ganz von der Hand zu weisen, sind die Folgen nicht. Wenn die junge Generation nur noch entweder einschlägige Blogs oder die via Facebook zugeschauten Links zu in der Gruppe einstellungskonsistenten Medienbeiträgen liest, aber mit Hilfe professionel-

ler Medien nicht mehr die Vogelperspektive zum gesellschaftlich-politisch Prozess einnehmen, kriegen wir ein Problem. Nicht nur wird die Weltsicht einseitiger, sie wird auch fragmentarischer, womit die Wahrscheinlichkeit, die Dinge zu verstehen und Zusammenhänge zu erkennen, sinkt. Unsere Ergebnisse über das Nachrichtenwissen der jungen Deutschen sind bereits jetzt, da die professionellen Medien als Quelle immer noch dominieren, unterirdisch!

Auf jeden Fall hat die erfreulicherweise früh angelaufene Maschinerie der politischen Kommunikationsforschung schon Etliches an greifbaren, aber auch relevanten Forschungsergebnissen produziert. Es gilt am Ball zu bleiben und die Dinge nüchtern zu betrachten. Aus der Phase der Religionskriege zwischen den Internet-Propheten und den Internet-Skeptikern sind wir hoffentlich heraus.





CHRISTOPHER LAUER

**#dfpk2012**

Es war mir eine große Freude an der Tagung teilzunehmen, schön zu sehen, dass Studenten eigenhändig so eine Tagung auf die Beine stellen.



## Transparenz in Politik und Medien

Transparenz ist kein Merkmal von Diktaturen. Im Gegenteil. Intransparenz ist typisch für politische Strukturen, die sich gegenüber den Bürgern abschotten. Solche Abschottungsversuche gibt es auch in Demokratien. Auch hier sind viele in Politik und Bürokratie verliebt in das Geheimnis. Gelegentlich mag die Geheimhaltung berechtigt sein, sei es bei laufenden Ermittlungsverfahren oder internationalen Verhandlungen. Doch häufig dient der Verweis auf Vertraulichkeit nicht dem Interesse des Gemeinwesens, sondern dem Schutz der Mächtigen vor öffentlicher Kritik. Es gehört zu den Aufgaben von Journalisten, Informationen publik zu machen, die andere lieber geheim halten, obwohl sie von öffentlichem Interesse sind. Indem Medien bisher Verborgenes ans Licht bringen, helfen sie den Bürgern, sich eine möglichst fundierte Meinung zu bilden. Journalisten wie Bürger profitieren davon, wenn Behörden durch Informationsfreiheitsgesetze gezwungen werden, Akten zu öffnen. Und es ist im Interesse einer informierten Öffentlichkeit, wenn Abgeordnete ihre Nebentätigkeiten deklarieren und Parteien ihre Geldquellen möglichst umfassend offenlegen. Deutschland ist in Sachen Transparenz und Informationsfreiheit gegenüber anderen Ländern immer noch im Rückstand. Die Offenlegungspflichten von Behörden, Parteien und Parlamentariern sollten auch bei uns erweitert werden, im Interesse der Demokratie.



## Beiträge der Fachtagung



## Europa kommunizieren in Zeiten der Krise

Eine Fallstudie zum kroatischen Referendum über den EU-Beitritt

Inmitten der sich zuspitzenden Krise der europäischen Gemeinschaftswährung votierten die Bürger der Republik Kroatien am 22. Januar 2012 in einem nationalen Referendum überraschend deutlich für den EU-Beitritt ihres Landes. Ziel dieser Fallstudie ist es, die Kommunikationsstrategie der kroatischen Regierung zur Europäischen Union zu analysieren und zu untersuchen, inwieweit diese zum Wahlergebnis und insbesondere zur Mobilisierung der Bevölkerung am Tag der Abstimmung beitrug. Ebenso soll aufgezeigt werden, welche Herausforderungen und Probleme für die Kommunikation europapolitischer Themen im Kontext der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise bestehen und welche Auswirkungen diese auf die Perzeption der EU insbesondere in den Transformations- und Kandidatenstaaten haben. Als theoretische Anknüpfungspunkte dienen in diesem Zusammenhang die politikwissenschaftliche Kommunikationsforschung zur Erklärung von Wahlverhalten sowie die Ansätze aus der Demokratie-Theorie, die Partizipation und Legitimation als wesentliche Legitimationselemente einer politischen Ordnung herausstellen.

### 1 Aufbau des Beitrags und methodisches Vorgehen

Zunächst werden der Ablauf und die Ergebnisse des kroatischen Beitrittsreferendums dargestellt. Anschließend erfolgt, aufbauend auf einer Studie der kroatischen Bürgerinitiative GONG, eine Typologisierung der kroatischen Euroskeptiker und ihrer Argumente gegen die Aufnahme des Landes in die EU. Auf dieser Grundlage wird die Informationskampagne der kroatischen Regierung zur Europäischen Union qualitativ inhaltsanalytisch untersucht und beurteilt, inwieweit diese den Beitrittsgegnern und deren Bedenken gerecht wird. Aus Gründen der Anschaulichkeit und des beschränkten Umfangs dieses



Beitrags beschränkt sich die Analyse auf zwei Hauptkomponenten: Einerseits auf die vom kroatischen Außenministerium in Auftrag gegebenen und ab Juni 2011 ausgestrahlten TV-Spots zum EU-Beitritt, andererseits auf die von Regierungsvertretern in den drei Wochen unmittelbar vor dem Referendumstermin getätigten öffentlichen Aussagen in Presse, Fernsehen und auf Informationsveranstaltungen. Für diesen Untersuchungsschritt werden im Zeitraum vom 1. bis zum 22. Januar 2012 die drei größten Tageszeitungen und die beiden größten Wochenzeitschriften des Landes sowie deren Internet-Portale herangezogen (vgl. Zakošek/Maršić, 2010: 817).<sup>1</sup> Im Rahmen dieser Fallstudie soll nicht nur erarbeitet werden, wie die Informationsstrategie der kroatischen Regierung auf konkrete, mit dem EU-Beitritt verbundene Sachfragen Bezug nimmt. Vielmehr ist auch zu ermitteln, welche Rolle nicht issue-orientierte Faktoren spielen. Hierbei ist in erster Linie an die Perzeption und das Vertrauen der Bevölkerung gegenüber der Regierung sowie den politischen Eliten des Landes zu denken. Auf Grundlage dieser Inhaltsanalyse werden die Ergebnisse des Referendums und die Wirkungen der Kommunikationsstrategie des kroatischen Außenministeriums detailliert erklärt. Hieraus lassen sich abschließend theoretische Schlussfolgerungen für die Ansätze der politikwissenschaftlichen Kommunikationsforschung zum Wahlverhalten insbesondere bei Referenden zu europapolitischen Themen ableiten.

## 2 Ablauf und Ergebnisse des kroatischen Beitrittsreferendums

Das am 22. Januar 2012 abgehaltene Referendum über den EU-Beitritt war erst das zweite in der Geschichte der Republik Kroatien. Die bis dato einzige landesweite Volksabstimmung war am 19. Mai 1991 erfolgt und hatte den Austritt aus der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien legitimiert. 4,5 Millionen kroatische Wähler waren nunmehr aufgerufen, auf die laut Premierminister Zoran Milanović »einfache und schlichte« (Novilist.hr, 22.12.2011) Frage zu antworten, ob sie die Aufnahme des Landes in die Europäische Union befürworten. Der Abstimmungstermin war keineswegs unumstritten: Da sieben Wochen zuvor Parlamentswahlen stattgefunden hatten, wurden eine all-

.....

1 Dies sind die auflagenstärksten Tageszeitungen *Vecernji List*, *Jutarnji List* und *Novi List* sowie die Wochenzeitschriften *Globus* und *Nacional* (vgl. Zakošek/Maršić, 2010: 817).

gemeine Wahlmüdigkeit und eine dementsprechend schwache Mobilisierung der Bürger befürchtet. Vor allem aber plädierten Bürgerinitiativen für eine Verschiebung des Referendums bis Februar oder März, um die kroatische Bevölkerung bis dahin genauer über die Konsequenzen des Beitritts informieren zu können (vgl. Večernji List, 20.12.2011). Eine ähnliche Position vertrat zunächst auch die seit Dezember 2011 amtierende neue Außenministerin Vesna Pusić, die durch eine deutlich spätere Terminierung auch die rechtlichen Rahmenbedingungen der Abstimmung genauer und weniger missverständlich definieren wollte (vgl. Nacional, 06.12.2011).<sup>2</sup> Um jedoch eine möglichst schnelle Ratifizierung des am 9. Dezember 2011 unterzeichneten kroatischen Beitrittsabkommens in den Parlamenten aller EU-Mitgliedsstaaten sicherzustellen und die geplante Aufnahme des Landes in die Union am 1. Juni 2013 nicht zu gefährden, legte der *Sabor*, das kroatische Parlament, Ende Dezember 2011 den 22. Januar 2012 als Abstimmungstermin fest. Gegen diese Entscheidung votierten die Abgeordneten der rechten Regionalpartei HDSSB,<sup>3</sup> welche einen Aufschub des Referendums um mindestens drei bis sechs Monate anstrebte, um die kroatischen Bürger ausführlicher über die Gefahren des Lissabon-Vertrags für die kroatische Staatlichkeit und Souveränität aufklären zu können (vgl. Nacional, 23.12.2011). Noch weiter ging eine Petition von Bürgern, in welcher die Position vertreten wurde, dass die Abstimmung erst dann stattfinden könne, wenn der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag seine im April 2011 verhängten Schuldsprüche gegen die kroatischen Generäle Ante Gotovina und Mladen Markač aufhebe (vgl. Dnevnik.hr, 04.01.2012).<sup>4</sup>

Das Ergebnis der Abstimmung fiel angesichts dieser Kontroversen und der in den Monaten zuvor veröffentlichten Umfragen überraschend deutlich zu

.....

- 2 Vgl. Nacional, 06.12.2011; die kroatischen Wählerverzeichnisse wiesen erhebliche Unregelmäßigkeiten auf, zudem waren die gesetzlichen Regelungen bezüglich der Dauer und des genauen Ablaufs des Informationskampagnen für und gegen den Beitritt unklar.
- 3 *Hrvatski Demokratski Sabor Slavonije i Baranje* [Kroatische Demokratische Versammlung Slawoniens und der Baranja].
- 4 Vgl. Dnevnik.hr, 04.01.2012; beiden Generälen wurden im Bürgerkrieg begangene Kriegsverbrechen gegen die serbische Zivilbevölkerung zur Last gelegt. Auf Grund seiner Verdienste um die Rückeroberung der von aufständischen Serben kontrollierten Gebiete im August 1995 wird jedoch insbesondere Gotovina in Kroatien als Kriegsheld verehrt. Von der EU waren die Kooperation Kroatiens mit dem Tribunal sowie die Auslieferung der Generäle stets als Bedingungen für den Beitritt des Landes genannt worden.

Gunsten des Beitritts aus: Verschiedenen Meinungsforschungsinstituten zufolge hatten sich Ende Dezember 2011 bzw. Anfang Januar 2012 noch 55-60 Prozent für die Aufnahme des Landes in die EU und 33 Prozent dagegen ausgesprochen. (vgl. Dnevnik.hr, 27.12.2011; Index.hr, 6.1.2012) In der von der Europäischen Kommission durchgeführten Eurobarometer-Umfrage vom Mai 2011 hatten gar nur 30 Prozent der befragten Kroaten die Mitgliedschaft ihres Landes als eine positive Sache bezeichnet. (European Commission, 2011.) Dennoch stimmten am 22. Januar 2012 66,14 Prozent der Wähler für und nur 33,26 Prozent gegen den Beitritt. Die Wahlbeteiligung blieb jedoch mit 43,51 Prozent ausgesprochen niedrig (Državno Izbornog Povjerenstvo Republike Hrvatske, 27.01.2012) und hätte, wäre nicht das Erfordernis eines Quorums von mehr als der Hälfte der Wahlberechtigten durch die Verfassungsänderungen vom Juli 2010 abgeschafft worden, dazu geführt, dass das Referendum seine bindende Wirkung verliert. Die folgenden Ausführungen sollen den Einfluss der Informationskampagne der kroatischen Regierung auf dieses Abstimmungsergebnis deutlich machen.

### 3 Quellen des kroatischen Euroskeptizismus

Die genannten Umfrageergebnisse der kroatischen Institute Ipsos Puls und CRO Demoskop sowie vor allem die Eurobarometer-Umfragen der Europäischen Kommission machen deutlich, dass unter den Bürgern Kroatiens ein erhebliches euroskeptisches Potenzial vorhanden ist. Ziel der Kommunikationsstrategie der Regierung musste es daher sein, im Vorfeld des Beitrittsreferendums auf die konkreten Bedenken der Bevölkerung hinsichtlich des EU-Beitritts Bezug zu nehmen und diese möglichst vollständig auszuräumen. Die kroatische Bürgerinitiative GONG veröffentlichte in diesem Zusammenhang im Juni 2011 eine Studie, in welcher sie die Quellen des kroatischen Euroskeptizismus zusammenfasste und typologisierte (GONG, 2011). Als solche werden identifiziert:

1. das Informationsdefizit zum EU-Beitritt
2. die mangelnde Bereitschaft Kroatiens für den Beitritt
3. das fehlende Vertrauen in die politische Elite Kroatiens
4. das fehlende Vertrauen in die politische Elite der EU
5. der Verlust nationaler und kultureller Identität

Das *Informationsdefizit zum EU-Beitritt* betrifft vor allem die Tatsache, dass der Inhalt der Beitrittsverhandlungen den kroatischen Bürgern lange Zeit unbekannt war und dementsprechend öffentliche Debatten über die Folgen der Aufnahme nicht auf Grundlage konkreter Informationen und Argumente erfolgen konnten. In diesem Zusammenhang wurde explizit die Kommunikationsstrategie der Regierung kritisiert, da sie hieran wenig ändernde und stattdessen Züge einer propagandistischen und informationsarmen Werbekampagne trage (vgl. GONG, 2011: 6).

Als Elemente der *mangelnden Bereitschaft Kroatiens für den Beitritt* werden die nur unzureichend konsolidierte kulturelle Identität des Landes und die zu geringe Größe kroatischer Unternehmen im Vergleich zu ihren Konkurrenten aus den anderen EU-Staaten genannt. Ebenso wird kritisiert, dass die kroatischen Bürger beim Erwerb von Immobilien in ihrem eigenen Land erhebliche Nachteile gegenüber kaufkräftigen Investoren aus der EU hätten und damit der Ausverkauf Kroatiens betrieben werde (vgl. GONG, 2011: 8). Auch im Fischerei-Sektor werden große Nachteile für Kroatien erwartet, da die Ausrüstung der Fischer nur in den seltensten Fällen den europarechtlichen Vorschriften entspreche und zudem die kroatischen Gewässer auch von anderen EU-Mitgliedsstaaten für den Fischfang genutzt werden könnten (vgl. GONG, 2011: 7 f.). Probleme werden auch hinsichtlich der Strukturpolitik der Union ange-mahnt, da Kroatien – so die Einschätzung der Studie – nicht über die für die effektive Nutzung der Finanzmittel notwendigen administrativen Kapazitäten verfügt (vgl. GONG, 2011: 9). Linke Globalisierungs- und EU-Kritiker betonten diesbezüglich, dass die Fonds der EU letzten Endes dazu dienten, staatliche Mittel in Projekte umzulenken, die den Zielen der EU, nicht jedoch der Bürger des einzelnen Mitgliedsstaats zu Gute kämen und oftmals negative Auswirkungen auf nationale Entwicklungsprioritäten hätten (vgl. Grgurinović/Lukšić, 03.02.2011: 24). Von besonderer Bedeutung für diese Art des Euroskeptizismus sind jedoch zwei Themenkomplexe: Zum einen ist in der kroatischen Bevölkerung die Angst weit verbreitet, dass die landwirtschaftlichen Kleinproduzenten dem Wettbewerb auf dem EU-Markt nicht gewachsen seien und die dort herrschenden strengen Qualitäts- und Hygienestandards nicht einhalten könnten. Stattdessen sei anzunehmen, dass die Integration des Landes in den EU-Agrarmarkt eine weitere Intensivierung der Landwirtschaft und damit die Zerstörung der Natur bewirke (vgl. GONG, 2011: 6). Auf Kritik stößt zudem die einseitige Bevorzugung der alten Mitgliedsstaaten und der dort ansässigen

Großproduzenten, welche in den Augen zahlreicher kroatischer Beobachter einer sozial ausgeglichenen Agrarpolitik zuwider läuft und in den mittel- und osteuropäischen Staaten zur Verarmung der ländlichen Gebiete führt (vgl. Kikaš, 03.02.2011). Zum anderen leitet sich aus der mangelnden Bereitschaft Kroatiens für den Beitritt die Befürchtung einer Abwertung der Nationalwährung *Kuna* und eines allgemeinen Preisanstiegs mit katastrophalen Folgen für den Lebensstandard der Bevölkerung her (vgl. GONG, 2011: 8 f.). Besonders scharf werden diese Ängste von linken Gruppierungen artikuliert, welche der Union auf Grund ihrer Forderung nach einer erhöhten Flexibilität der Arbeitskräfte eine »kriminelle arbeiterfeindliche Politik« (Katalenac, 03.02.2011: 28) attestieren und Brüssel bezichtigen, die Kosten der Wirtschafts- und Finanzkrise durch sozial unausgewogene Sparmaßnahmen auf die europäischen Arbeitnehmer abwälzen zu wollen (vgl. Kostanić, 03.02.2011: 21). Diese Akteure verweisen auch explizit darauf, dass das beispielsweise in den baltischen Staaten im Zuge des EU-Beitritts zu konstatierende Wirtschaftswachstum nicht allen Bevölkerungsschichten zu Gute gekommen sei, sondern sich die Einkommensdisparitäten erheblich verschärft hätten. Zudem seien diese Länder besonders hart von der 2008 einsetzenden globalen Wirtschaftskrise getroffen worden, so dass es sich keineswegs um ein nachhaltiges Wachstumsmodell handele (vgl. Kostanić, 03.02.2011: 20). Dementsprechend stellt dieser Argumentationsstrang die Existenz mit dem EU-Beitritt verbundener sozioökonomischer Vorteile für Kroatien grundlegend in Frage.

Das *fehlende Vertrauen in die politische Elite Kroatiens* manifestiert sich primär in der Perzeption der mangelnden demokratischen Legitimation des EU-Beitritts, für den sich alle wichtigen Parteien des Landes aussprechen, ohne die Bevölkerung jedoch hierbei vor eine ernsthafte und offene Wahl zu stellen und sie ausreichend mit Informationen zu versorgen. Die Kommunikationsstrategie der Regierung wird auf Grund ihrer Einseitigkeit gar als »Beleidigung der Intelligenz der Bürger« (GONG, 2011: 11) bezeichnet. Zweifel an der demokratischen Repräsentativität des Beitrittsprozesses rief insbesondere die Tatsache hervor, dass sich zwar in den Meinungsumfragen regelmäßig mehr als 30 Prozent der Befragten gegen den Eintritt in die EU aussprachen, diese Position aber im *Sabor* nur marginal vertreten war. Demzufolge drängte sich der Verdacht auf, dass nahezu alle maßgeblichen politischen Parteien des Landes die Integration primär vorantrieben, um ihr eigenes Personal mit lukrativen Posten in europäischen Institutionen zu versorgen und die ökonomischen Interes-

sen der mit ihnen eng verbundenen Unternehmerschaft zu verwirklichen. Der Kern dieser euroskeptischen Haltung besteht in dem Eindruck, wonach inkompetente und korrupte Eliten – verkörpert beispielsweise in der Person des wegen Veruntreuung von Staatsgeldern angeklagten ehemaligen Ministerpräsidenten Ivo Sanader – den Ausverkauf des Landes und seiner ökonomischen Interessen betreiben.

Als Grundlage des *fehlenden Vertrauens in die politische Elite der EU* wird vor allem das Demokratiedefizit der Union identifiziert. Auf Ablehnung stoßen insbesondere die fehlende parlamentarische Verantwortlichkeit der Europäischen Kommission, der überproportional große Einfluss von organisierten Interessenvertretern und Eurobürokraten und die als unzureichend empfundene Repräsentation kleiner Staaten im EU-Ministerrat sowie im Europäischen Parlament (vgl. GONG, 2011: 14; Miloš, 03.02.2011). Auch der rechtsstaatliche Charakter der Union wird hinterfragt, da es Brüssel zugelassen habe, dass Slowenien und Italien trotz anders lautender völkerrechtlicher Bestimmungen auf Grund von bilateralen Streitigkeiten über den Grenzverlauf bzw. die Fischereirechte in der Adria die kroatischen Beitrittsverhandlungen blockierten (vgl. GONG, 2011: 14). In Bezug auf die Geltung hoher rechtsstaatlicher Standards wird zudem bemängelt, dass die Union zwar von Kroatien die Anerkennung und Umsetzung umfangreicher Rechte für nationale Minderheiten verlange, die Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten jedoch selbst diesen Ansprüchen nicht genüge (vgl. Vukobratović, 03.02.2011). Als weitere Mängel werden die ausufernde und überaus kostspielige europäische Bürokratie, die mangelhafte Vorbereitung der kroatischen Zivilgesellschaft auf eine gleichberechtigte Teilnahme an den politischen Prozessen in der Union sowie die mangelnde Berücksichtigung kroatischer Interessen in den Bereichen von Wirtschaft, Energie und Umwelt genannt (vgl. GONG 2011: 14 f.). Eine exponierte Rolle innerhalb dieses Argumentationsstrangs spielt die von weiten Teilen der kroatischen Bevölkerung als einseitiges Brüsseler Diktat wahrgenommene Forderung der Umstrukturierung und Privatisierung der nationalen Schiffsbauwerften. Diese wurde mitunter als Versuch interpretiert, unter dem Vorwand der Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen für andere EU-Mitgliedsstaaten unliebsame Konkurrenten zu beseitigen (vgl. Lončar, 03.02.2011: 25).

Noch stärker ausgeprägt ist das Misstrauen gegenüber Brüssel bei denjenigen, primär von Kräften des rechten politischen Spektrums artikulieren Ar-